

### Der Vorwärts über unsere Vorräte und den Preisausgleich.

☛ Berlin, 26. Nov. (Telegr.) An die Gewerkschaften hatte sich die halbamtliche Korrespondenz „Ernährungsfragen“ gewandt. Sie hatte unter Würdigung der Gewerkschaften als „nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinschaftslebens, denen wiederholt vom Regierungstische die Anerkennung der Nation ausgesprochen sei,“ die Gewerkschaften aufgefordert, ihren großen Einfluß bei den Massen durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung über die Nahrungsmittelfrage einzusetzen. Die Gewerkschaften brauchten auf keine Kritik zu verzichten. Dann hieß es:

Es entspricht doch nur ihrem eigenen, selbst- und freigewählten Programm positiver Staatsbejahung und bedingungslosen Durchhaltens bis zum glücklichen Ende, wenn sie durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung mit dazu beitragen, daß jede, auch die geringste Störung und Hemmung unserer Kriegsführung durch die Ernährungsfrage unterbleibt. Dies zu erreichen ist durchaus möglich, denn die Nöthlichkeiten in der Lebensmittelversorgung sind nicht so schwerwiegend, daß man sich mit ihnen bei einigem guten Willen in einer Zeit, wo Millionen auf den Schlachtfeldern bluten, wo die Schicksale führender Großstaaten in den Schmelztiegel geworfen sind, nicht abfinden könnte. Die Gewerkschaften werden zweifellos in diesem Punkt ganz ebenso wie in ihrer übrigen Kriegsarbeit weiterhin ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Sie haben im ersten Kriegswinter an der Volksbelehrung über die notwendige Einschränkung des Mehl- und Brotverbrauchs lebhaft mitgewirkt, sie werden auch im zweiten ihren Anteil an der allgemeinen nationalen Aufklärungsarbeit übernehmen.

Dazu wird im Vorwärts bemerkt: „Die Gewerkschaftsorgane haben ebenso wie die übrige Arbeiterpresse in der Ernährungsfrage immer die Auffassung vertreten, daß von einem wirklichen Mangel an Lebensmitteln in Deutschland nicht die Rede sein könne, daß eben deswegen die jetzt beliebte Preistreiberei — egal, von welcher Seite sie komme — den schärfsten Tadel verdiene. Das ist ein Standpunkt, der jede Störung und Hemmung der Kriegsführung ausschließt. Wenn im Auslande Gerüchte über Lebensmittelmangel und Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung verbreitet werden können, so trägt die Schuld daran die unberechtigte Preistreiberei, nicht ihre Kritik. Die halbamtliche Korrespondenz weist ja selbst die Zumutung zurück, daß die Gewerkschaftsorgane sich eine nach ihrer Ansicht nötige Kritik versagen sollten. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die nicht betont zu werden brauchte. Man kann der Arbeiterpresse nicht gut eine Auffassung des Burgfriedens zumuten, die lediglich die Hersteller und Vermittler schützt, die Verbraucher aber wehrlos preisgeben würde. Der Beruhigung der Bevölkerung und der Beseitigung jeder Störung und Hemmung in der Kriegsführung bringen uns überdies nicht sanfte Worte näher, sondern jede Handlung, welche Nahrungsmittelproduktion und Nahrungsmittelpreise in ein berechtigteres Verhältnis zu einander hinzwingen, als dies gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. Wenn schon von vaterländischer Pflicht gesprochen werden soll, dann besteht eine solche bei den Organen, die in der Lage sind, einen solchen Ausgleich herbeizuführen. Die Gewerkschaftsblätter werden mit ihrer Anerkennung nicht kargen, wenn das wirklich und ausreichend geschieht.“